

Islam in der Schweiz

(c) http://www.kath.ch/infosekten/text_detail.php?nemeid=8941

Die muslimische Gemeinschaft ist in der Schweiz die drittgrösste Religionsgemeinschaft geworden. Gegen 5% der Bevölkerung bekennen sich zum Islam; darunter hat es zunehmend auch Muslime mit Schweizer Pass. Ein gedeihliches Zusammenleben von Christen und Muslimen verlangt die Lösung von Fragen, die das Zusammentreffen von unterschiedlichen Religionen und Kulturen mit sich bringt. Eine Voraussetzung dazu ist die Bereitschaft, sich als Menschen zu begegnen und sich mit den Unterschieden wirklich auseinander zu setzen.

Islamische Vielfalt

Begonnen hatte die Zunahme des muslimischen Bevölkerungsanteils in der Schweiz mit der Arbeitsmigration, und verstärkt wurde sie durch die Einwanderung von Asylsuchenden und die Zunahme von Flüchtlingen. Mit den damit im Zusammenhang stehenden Fragen beschäftigte sich in der römisch-katholischen Kirche in der Schweiz deshalb lange Zeit die Kommission für Migrationsfragen (migratio, vormals: SKAF). Weil sich durch die zahlenmässig erhebliche Zunahme von Muslimen in der Schweiz die ganze religiöse Landschaft veränderte, begann sich auch die Arbeitsgruppe «Neue Religiöse Bewegungen (NRB)» damit zu befassen. Um die bisher geleistete Arbeit auszuweiten, hat die Bischofskonferenz die Bildung einer eigenen «Arbeitsgruppe Islam» beschlossen, der auch muslimische Mitglieder angehören werden. Die Kommission «migratio» und die katholische Arbeitsgruppe NRB haben deshalb eine gemeinsame Tagung durchgeführt, an der eine Bestandsaufnahme vorgenommen wurde. Zum einen wurde der Islam in der Schweiz unter dem Gesichtspunkt der islamischen Vielfalt betrachtet und zum andern wurde nach den Möglichkeiten und Grenzen des christlich-islamischen Dialogs gefragt.

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung 2000 wohnen in der Schweiz mehr als 310000 Muslime aus 105 Staaten; dazu kommen noch schätzungsweise 50000 statistisch nicht Erfasste. Organisiert sind die Muslime in rund 160 Vereinen, die neben mehreren Stiftungen vor allem für Gebetsräume, Moscheen, Kulturzentren und Koranschulen besorgt sind. Zwei Drittel der Muslime in der Schweiz sind Sunniten; neben ihnen gibt es nicht nur Schiiten, sondern auch Aleviten und weitere Flügel; werden noch die nationalen Zugehörigkeiten berücksichtigt, wird die muslimische Welt in der Schweiz noch vielfältiger. Als Leiter der Arbeitsstelle NRB sprach Joachim Müller Probleme an, denen Muslime im schweizerischen Alltag begegnen. Für Eltern wirft der Schulalltag namentlich mit Sportunterricht und Klassenlager Probleme auf; es gibt Probleme im Spital und mit der Bestattung usw. Joachim Müller bedauerte, dass der christlich-islamische Dialog auch deshalb schwierig ist, weil die christliche Seite wenig weiss und weil im Dialog heikle Fragen wie der Absolutheitsanspruch des Islam oder die Menschenrechtsverletzungen in islamischen Staaten gerne ausgespart werden.

Ebenfalls vielfältig sind die muslimische Bevölkerung und dementsprechend auch ihre Organisationen in Deutschland, wie der Orientalist Herbert L. Müller ausführte. Sein Thema waren dabei politische Aspekte der Kulturkonfrontation. Dazu gehört das Problem der politischen Abhängigkeit muslimischer Vereine von einem Herkunftsland bzw. seinen Einrichtungen und seinem Regime; das führt dazu, dass es regimetreue und oppositionelle muslimische Vereine gibt, die sich gegenseitig misstrauen. Solche Unverträglichkeiten sind mit ein Grund, weshalb die Muslime praktisch nicht imstande sind, auf nationaler Ebene einen einzigen Ansprechpartner zu benennen.

Ein nicht geringes Problem bilden die philosophischen und theologischen Anschauungen selbst der in Deutschland (und überhaupt in Europa) ausgebildeten und integrierten Muslime, die eine Transformation der offenen und pluralistischen Gesellschaft und des demokratischen Rechtsstaates zur Folge haben würden. Als Beispiel besprach Herbert L. Müller den Aufsatz «Globalisierung, Islam und die Zukunft der Muslime» von Ali Bulac.^[1] Die Sicht von Ali Bulac ist, die europäische Moderne mit ihren Werten wie Individuum, Säkularität und Nationalstaat zu transformieren und so zu überwinden. Hierbei werde der Islam die Rolle des Transformators

spielen, und auf seiner Grundlage würden Freiheit, Menschenrechte und Demokratie neu definiert werden. Hier zeige sich, dass der interreligiöse Dialog allein nicht genüge, dass dieser vielmehr nur eine Dimension des interkulturellen sei und dass man sich hier mit seinem muslimischen Gesprächspartner so auseinander setzen müsse wie man es im Parlament mit einem politischen Gegner mache.

Herausforderungen für die Einwanderungsgesellschaften

Zur rechtlichen Situation der Muslime in der Schweiz äusserte sich Erwin Tanner. Sein Problemaufriss ging davon aus, dass die muslimische Präsenz in der Schweiz auch vom Recht berücksichtigt werden müsse, dass hier aber Rechtslücken bestehen und das Rechtsinstrumentarium noch nicht genüge. Andererseits stehen hinter der muslimischen und der schweizerischen demokratischen Auffassung von Recht insofern unterschiedliche Rechtssysteme, als das muslimische Recht auf dem Gotteswillen, das demokratische auf dem Volkswillen gründe. So stelle sich die Frage nach dem Verhältnis der Muslime zur Säkularstaatlichkeit wie zur Demokratiestaatlichkeit. Aufgabe des Gesetzgebers sei es, die beiden Rechtssysteme zu koordinieren; eine wichtige Rolle spielen dabei die Grundrechte.

Der erfahrene Islam-Sachverständige P. Hans Vöcking ging auf Möglichkeiten und Grenzen des christlichen Dialogs mit dem Islam ein. Er erinnerte an das gelungene Treffen der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) mit Muslimen in Sarajevo, [\[2\]](#) aber auch an die wegen politischen Bedenken auf islamischer Seite sistierten christlich-islamischen Gespräche im Rahmen des von den Aussenministern der Anrainerstaaten des Mittelmeers beschlossenen «Mittelmeer-Dialogs».

Schwierigkeiten im christlich-islamischen Dialog seien zum einen die Sprach- und Verständigungsprobleme; so würden die gleichen Begriffe mit unterschiedlicher Bedeutung verwendet. Zudem stelle sich immer wieder die Frage nach der Repräsentativität des muslimischen Gesprächspartners; da beispielsweise der Imam im Wesentlichen Vorbeter sei, sei der Vorsitzende des Moscheevereins meist der verbindlichere Partner. Begonnen werden sollte ein Dialog deshalb als interkulturelle Begegnung zwischen Muslimen und Christen; aber auch hier sei auf die Gefahr der Instrumentalisierung zu achten, denn selbst die Frage des Schächtens sei in Wirklichkeit eine politische Frage.

Andererseits sei nach dem 11. September 2001 den Regierungen in Europa bewusst geworden, dass die Religion ein politischer Faktor sei und entsprechender Aufmerksamkeit bedürfe. Auf europäischer Ebene stehen drei Probleme an: der Mittelmeer-Dialog, die Integration der muslimischen Immigranten und die EU-Kandidatur der Türkei. In der Aussprache wurde im Blick auf die Schweiz betont, dass auch von den Immigranten Integrationsleistungen verlangt werden dürfen und müssen.

Anmerkungen

1 In deutscher Übersetzung veröffentlicht in der halbjährlichen Zeitschrift für Sozialwissenschaften Avrupa Günlügü/Europa Agenda, Nr. 1/2001, S.2536.

2 Die von dieser Tagung verabschiedete Erklärung «Verantwortung und religiöse Verpflichtung in einer pluralistischen Gesellschaft» haben wir veröffentlicht in: SKZ 169 (2001) Nr. 41, S. 565f. Rolf Weibel © Schweizerische Kirchenzeitung - 2002